

Aus meiner Amtszeit als Landrat des Kreises Wehlau 1925 bis 1933

Von Franz Hoffmann

Seit jeher war es der Wunsch wohl aller jungen höheren Verwaltungsbeamten, einmal preußischer Landrat zu werden. Wenn auch der Nimbus und vor allem der Einfluß dieser Stellung — in dem Königlichen Preußen war der Landrat Vorsitzender der Veranlagungs-Kommission für die damals preußische Einkommens- und Vermögenssteuer — nach Übertragung dieser Gebiete auf die Reichsfinanzverwaltung etwas von seinem Glanz verloren hatte, so konnte auch in der Weimarer Zeit der Landrat noch immer als der erste Würdenträger in seinem Kreise gelten. 1933 trat allerdings eine sehr erhebliche Ansehensminderung des Landrats ein, als ihm der Kreisleiter — die Partei befiehlt dem Staat — vor die Nase gesetzt wurde. Doch auch der Partei schien diese Lösung nicht der Weisheit letzter Schluß zu sein; in den neuen Reichsgauen kam man 1939/40 vielmehr nach höchstem Beispiel auf die geniale Idee einer Personalunion zwischen Kreisleiter und Landrat.

Ich war also sehr glücklich, daß ich als Regierungsassessor und damaliger Dezernent für Landwirtschaft, Sparkassen und Jugendpflege beim Regierungspräsidenten in Marienwerder durch Erlaß des Innenministers vom 12. März 1925 mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamts in Wehlau beauftragt wurde, und begab mich Anfang April 1925 unbeschwert nach Wehlau.

Auf der Durchreise in Königsberg meldete ich mich bei dem Regierungs-Vizepräsidenten. Der neuernannte Regierungspräsident von Bahrfeldt war noch nicht im Amt.

Mit der wichtigsten damals laufenden Kreisangelegenheit — der Verteilung der sogenannten Saatgutkredite an die notleidende Landwirtschaft — brauchte ich mich glücklicherweise nicht zu befassen. Dieses erledigte ausgezeichnet eine Kommission unter Vorsitz des Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Kreisvereins, Gutsbesitzer Hoth-Garbeningken. Meine ersten Fahrten in den Kreis galten der alljährlichen Besichtigung der Gemeindewege, deren Zustand der Aufsicht des Kreisbauamtes unterstand. Die sachgemäße Unterhaltung der Gemeindewege ließ oft sehr zu wünschen übrig.

Mitte Juli 1925 war nach Auffassung der Staatsregierung der Zeitpunkt für die endgültige Besetzung der Landratsstelle gekommen, und der Kreistag sollte darüber Beschluß fassen, ob er einen Vorschlag zu machen habe. Unter Vorsitz des Kreisdeputierten Major a. D. v. Weiss wurde, wie ich später hörte, nach längerer Debatte auf Vorschlag des Kreisausschußmitglieds Justizoberinspektor Czyborra folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „In Erwartung, daß die Staatsregierung den der-

zeitigen Landratsamtsverwalter zum Landrat ernennen wird, verzichtet der Kreistag auf sein Vorschlagsrecht.“ Hierauf ernannte mich die Preußische Staatsregierung durch Erlaß vom 26. August 1925 zum Landrat.

An dieser Stelle möchte ich über die Zusammensetzung des Kreistages und Kreisausschusses etwas sagen. In dem ersten Kreistag hatten die Linke (SPD und KPD) und ein Demokrat eine knappe Mehrheit, während die Rechte (DNP und DVP) unter der Bezeichnung „Wirtschaftliche Vereinigung“ auftrat. Der Führer der Kommunisten war der Zimmermann Kobjolke, Tapiau (später Mitglied des Preußischen Landtags), die Führerin der Sozialdemokraten Frau Hache (Ehefrau des Tapiauer Stadtbaumeisters) und der Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung Rittergutsbesitzer v. Boddien-Leißienen. Dem Kreisausschuß gehörten an: Der Kreisdeputierte v. Weiss-Gr.-Plauen, Vorsitzender der DNVP im Kreise, der Gutsbesitzer Landschaftsrat Christoph-Grünlinde (DNVP), der Justizoberinspektor Czyborra (DVP) und die drei Sozialdemokraten, früherer Kreiskommunalkassenrendant und Amtsvorsteher Rospek-Paterswalde, Bauer Fox-Starkenbergr und Zimmerer Brockmann-Gr.-Weißensee. Später traten an die Stelle von Rospek Bürgermeister Neuland-Tapiau (DVP), von Fox Bauhilfsarbeiter Trampenau-Wehlau und von Brockmann der KPD-Mann Kirschnik-Tapiau. Nach der zweiten Kreistagswahl während meiner Amtszeit bestand der Kreisausschuß aus v. Weiss, Christoph, Neuland, zwei SPD-Mitgliedern Trampenau und dem Bausekretär im Kreisbauamt Gruschkus (bekannter ostpr. Ringer) sowie Kirschnik. Bei Abstimmungen gab also meine Stimme den Ausschlag. Der letzte Kreistag bestand aus zwölf Bürgerlichen, acht Sozialdemokraten und vier Kommunisten, die Opposition in den letzten Jahren aus vier Kommunisten und zwei Nationalsozialisten, die sich von den Bürgerlichen abgespalten hatten. Von prominenten Mitgliedern der verschiedenen Kreistage nenne ich außer den erwähnten die Rittergutsbesitzer v. Perbandt-Langendorf, v. Perbandt-Pomedien, v. Boddien-Leißienen, die Bauern Teichert und Gutzeit sowie den Kaufmann Belgard-Wehlau.

Bevor ich zur Darstellung der von mir angeregten oder geförderten Maßnahmen komme, möchte ich noch eine Angelegenheit erörtern, die von besonderer Bedeutung für den ganzen Preußischen Staat war. Ich meine die Auflösung der Gutsbezirke. Die Notwendigkeit hierfür erblickte die Staatsregierung in der Tatsache, daß die in den Gutsbezirken wohnenden Personen, wobei man wohl an die Landarbeiter dachte, kein Wahlrecht zu den kommunalen Vertretungen hatten. Die Gutsbezirke mußten daher in den angrenzenden Landgemeinden aufgehen. Bestehen blieben nur die menschenleeren Forstgutsbezirke der staatlichen Forsten. Da im Kreise Wehlau fünf staatliche Oberförstereien bestanden, handelte es sich hier um verhältnismäßig große Gebiete. Die ziemlich kurzfristig verordnete Auflösung der Gutsbezirke machte viel Arbeit und erforderte genaue Überlegungen. Vor allem mußte die Bildung von Mammutgemeinden vermieden werden. Gemeindevorsteher wurde später im allgemeinen

eine Persönlichkeit aus derjenigen Ortschaft, die von allen Einwohnern der neuen Gemeinde möglichst gleich bequem zu erreichen war. Regierungspräsident v. Bahrfeldt nahm sich der Durchführung des Gesetzes besonders an, besuchte mit dem Kommunaldezernenten alle Kreise und prüfte die Vorschläge für die Bildung der neuen Gemeinden, bevor sie ihm auf dem Dienstwege vorgelegt wurden.

Der Kreis Wehlau war in jener Zeit ein rein landwirtschaftlicher Kreis. Der Anteil des Großbesitzes — diesen von 200 ha an aufwärts gerechnet — betrug knapp 40 Prozent. Von der Rentabilität der Landwirtschaft hing nach dem schönen Wort: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“, das Wohl und Wehe anderer Berufsgruppen und letzten Endes auch die Finanzkraft der Gemeinden und des Kreises ab.

Wie war die Lage der Landwirtschaft im Kreise Wehlau zu Anfang des Jahres 1925?

Die Inflation war mit der Schaffung der Renten-, später der Reichsmark, im Herbst 1923 beendet. Diese für Beamte, Angestellte, Klein- und Sozialrentner und Arbeiter schwarze, für Grund- und Hausbesitzer goldene Zeit, weil sie ihre eingetragenen Schulden zu 75 bis 80 Prozent loswurden, war vorbei. Die Landwirte waren zwar von ihrer Schuldenlast zum größten Teil befreit, aber das Bargeld war knapp. Nur so ist es zu erklären, daß bereits knapp eineinhalb Jahre nach der Währungsreform die erwähnten Saatgutkredite bei zentralen landwirtschaftlichen Banken vor allem vom Großgrundbesitz aufgenommen werden mußten. Aus mancherlei Gründen ließ die Rückzahlung auf sich warten. Die Kredite wurden, nachdem der Kreis die Bürgschaft für ihre Rückzahlung übernommen hatte, zunächst gestundet und später nach meiner Erinnerung teilweise erlassen. Da langfristige Kredite den Landwirten nicht zur Verfügung standen, mußten sie zur Intensivierung und Verbesserung ihrer Betriebe kurzfristige, von der Reichsbank zur Verfügung gestellte, Darlehen aufnehmen, die für die Landwirtschaft angesichts ihres Wirtschaftscharakters ungeeignet sind.

Diese Verhältnisse führten zu einer zwangsläufigen Umwandlung der kurzfristigen in langfristige, dinglich gesicherte Schulden, zu einer Verringerung des Kreditvolumens und in Verbindung mit unzulänglichen Erzeugerpreisen zu finanziellen Schwierigkeiten vor allem des in erheblichem Umfang auf fremde Arbeitskräfte angewiesenen Großgrundbesitzes.

Der Kreis genoß hinsichtlich seiner alten Schulden die gleichen Vorteile wie der Grundbesitz. Er war in erheblichem Umfang von ihnen befreit.

Diese Situation fand ich bei meinem Amtsantritt vor. Als Landrat sollte ich nicht nur ratend, sondern auch helfend eingreifen. Durch örtliche Maßnahmen konnte die Rentabilität der Landwirtschaft nicht hergestellt und gesichert werden.



Blick auf Wehlau von der Eisenbahnbrücke aus WSW. Links die Allebrücke. Rechts davon die Vorstadt bis zum Steintor (neben Meiereischornstein). Rechts der Kirche Wohnblock, dahinter „der letzte Groschen“ (Straßenzoll). In dieser Richtung verlief einst ein Mündungsarm der Alle, der ostwärts Wehlau umfloß. — Vorne links Badeanstalt, ausgebaggerte Bucht

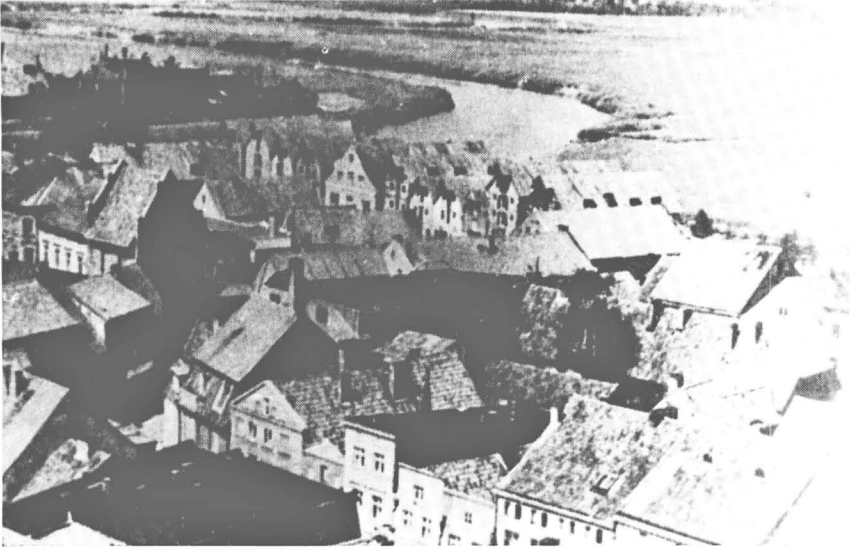
Bei den schweren, zum Teil undrained Böden, besonders in dem südlich des Pregels gelegenen Kreisteil, lag der Gedanke nahe, unter Regelung der Vorflutverhältnisse durch Drainage die Wasserverhältnisse der Böden zu beeinflussen und dadurch ihre Erträge zu steigern. Als technisches Instrument stand das Kreiswiesenbauamt unter Leitung des besonders tüchtigen Kreiswiesenbaumeisters Ebelst zur Verfügung. Zahlreiche neue Wassergenossenschaften kamen zu den bestehenden hinzu. Die erforderlichen Arbeiten wurden teils durch Staatszuschüsse aus dem Ostfond, teils durch Darlehen der deutschen Kulturbodenaktiengesellschaft und der ostpreußischen Girozentrale finanziert. Der Kreistag bewies bei der Aufnahme des Globaldarlehens bei der Girozentrale, dessen Betrag der Kreisausschuß auf die einzelnen Genossenschaften verteilte, eine anerkennenswerte Einsicht und bewilligte die mehrere Millionen betragende Summe einstimmig ohne lange Debatten. Die Kreistagsbeschlüsse wurden in den Kreisblättern veröffentlicht und diese mit den Nachbarkreisen ausgetauscht. Ich entsinne mich, daß der Insterburger Landrat mir gelegentlich seine neidvolle Bewunderung über die Bewilligungsfreudigkeit des Wehlauer Kreistags aussprach.

Im Kreis bestand ein ausgedehntes Kunststraßennetz in einem guten Unterhaltungszustand. Die durch den Kreis laufenden Provinzialchausseen

wurden im Auftrage und auf Kosten der Provinz durch den Kreis unterhalten und von dem Kreisbaumeister Richardt betreut. Während meiner Amtszeit wurde ein etwa 4 km langer Gemeindeweg vom Kreis chausseemäßig ausgebaut und unterhalten sowie ein Verbindungsweg bei Jodeiken mit einer Brücke ausgebaut, ein Projekt, für das sich der Amtsvorsteher Teichert mit großem Nachdruck eingesetzt hatte. Den Gemeinden wurde durch Kreisbeihilfen ein Anreiz zum Gemeindewegebau gegeben. Zu diesem Zweck wurde in die alljährlichen Kreisetats ein möglichst hoher Betrag eingesetzt, da die Provinz einen gleich hohen Betrag zur Verfügung stellte. Hier mag eine kleine scherzhaft Episode erwähnt werden: Wie die Kommunisten, lehnten auch die beiden Nationalsozialisten in den Jahren vor 1933 regelmäßig den Kreishaushaltsplan ab. Als ich einen der beiden Herren nach den Gründen fragte und ihn bat, mir zu sagen, was er an dem Etat auszusetzen habe, erwiderte er: „Nichts, der Etat ist sachgemäß und sparsam aufgestellt. Wir sind aber angewiesen, gegen alle Gemeinde- und Kreisetats zu stimmen.“ Eine weitere Diskussion erübrigte sich. Um so größer war mein Erstaunen, als später dieser Abgeordnete aus dem von ihm abgelehnten Etat eine Gemeinde-Wegebau-Beihilfe erbat. Als ich ihm die Inkonsequenz seines Verhaltens vorhielt, erwiderte er, daß in seiner Brust zwei Seelen wohnten! Ein nationalsozialistischer Faust!

Im Kreise Wehlau gab es eine Kleinbahn von Labiau über Gr.- und Kl.-Kuglack nach Goldbach in den nördlichen Kreisteil. Ihr Betrieb wurde allmählich immer weniger rentabel. Denn ihr Gleis lag auf der in der gleichen Richtung laufenden Kreiskunststraße, und ganz in der Nähe parallel war der Wasserlauf der Deime, ein besonders billiger Verkehrsweg für Frachten. Sehr bald nach meiner Amtsübernahme entstanden Unterschüsse, deren Deckung aus Kreismitteln die Kleinbahnverwaltung forderte. Einmal bezahlte der Kreis einen, soweit ich mich entsinne, über 10 000 RM betragenden Fehlbetrag. Diese Finanzaktion durfte aber keine ständige Einrichtung werden, und, da der Kreis weitere Zahlungen verweigerte, wurde der Betrieb des Bähnchens nach vorheriger Androhung stillgelegt.

Mit dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1918 verschwand nicht nur seine monarchistische Staatsform. Der Verlust des Krieges — daß ein Krieg nach 27 Jahren noch sehr viel totaler verloren werden konnte, ahnte damals glücklicherweise noch niemand — mit seinen einschneidenden finanziellen Folgen und die wirtschaftliche Verelendung zahlreicher Volksgenossen gebar den Wohlfahrtsstaat. In der unteren Verwaltungsstufe bedeutete das die Bildung von Kreiswohlfahrtsämtern, deren Hauptaufgabe die Fürsorge für Klein- und Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie ausgesteuerte Erwerbslose, d. h. solche Erwerbslose war, die, falls sie nach einem halben Jahr der Fürsorge durch den Staat weiter erwerbslos blieben, finanziell dem Kreis zur Last fielen. Auch die gesundheitliche Betreuung der Kreisbewohner gehörte zu den Aufgaben des Wohlfahrtsamtes. Es gab zwar



Blick vom Kirchturm nach NW.

Links Steintor, darüber Gasanstalt. Vor dem Pregelbogen die 10 Pregelspeicher

staatliche Kreisärzte mit einem festumrissenen Aufgabenkreis. Die gesundheitliche Fürsorge, namentlich für die Jugend, ging aber über ihr Arbeitsgebiet hinaus. Wie in anderen Kreisen wurde der örtliche staatliche Medizinalbeamte Kreiskommunalarzt und damit zuständig für alle Gesundheitsangelegenheiten, soweit seine Zuständigkeit nicht schon als Kreisarzt gegeben war. „Das Auge des Wohlfahrtsamtes“ und die Hilfsarbeiterin des Kommunalarztes war die Kreisfürsorgerin Minna Teubler. Der erste Kreiskommunalarzt war der Kreismedizinalrat Dr. Seyffarth und nach seiner Versetzung nach Hannover Dr. Schüler. Im August 1928 brach in Wehlau eine umfangreiche Typhusepidemie mit schließlich etwa 50 Krankheitsfällen aus. Auf der Suche nach der Infektionsquelle wurde nach Besichtigung des Kreiskrankenhauses in Tapiau durch den Regierungsmedizinalrat schließlich eine dort beschäftigte Schwester als Bazillenträgerin festgestellt. Hierauf nahm die weitere Ausbreitung der Seuche verhältnismäßig schnell ab.

Im Nordosten des Kreises, im sogenannten Schirrauer Winkel, gab es keinen Arzt und keine Apotheke. Dem Wunsch der Bevölkerung nach einer erleichterten ärztlichen Versorgung und der schnelleren Beschaffungsmöglichkeit von Heilmitteln wurde durch Bau eines Arzt- und Apothekerhauses entsprochen. Der Bau wurde teils aus Kreismitteln, teils durch Hypotheken aus dem Kreisanteil der staatlichen Hauszinssteuer



*Blick vom Kirchturm nach NO auf Rathaus und Markt,
Lange Brücke bei mittlerem Hochwasser; hinten die Wattlau am Ende der Brücke*

finanziert. Die Baukosten wurden durch die Mieter völlig gedeckt. Nachdem die Konzession für die neue Apotheke durch den Regierungspräsidenten erteilt worden war, zogen die Mieter, der praktische Arzt Motzkau und der Apotheker, in das Haus ein.

Bei meinem Amtsantritt war die Kreissparkasse ganz unzureichend und sehr beengt im Kreishaus untergebracht. Das Personal war auch aus diesem Grunde zahlenmäßig gering; darunter litt eine sachgemäße Kontrolle, und das wiederum erleichterte Verdunkelungen und Veruntreuungen. Es gelang dem Vorstandsmitglied Kaufmann Belgard, als Strohmann für die Kasse zu einem günstigen Preis ein Hausgrundstück gegenüber dem Postgebäude zu erwerben. Das Haus wurde zu einem schmucken Sparkassengebäude umgestaltet und in Gegenwart des Regierungspräsidenten seiner Bestimmung übergeben.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot wollte auch der Kreis seinen Beitrag leisten. Aus dem gemeindlichen Hauszinssteueranteil errichtete er daher in der Pinnauer Straße zwei Häuser mit vier Wohnungen für Beamte.

Zur Zeit meines Amtsantritts lag das ländliche Fortbildungsschulwesen sehr im argen. Während es für alle anderen Berufe zur Förderung der theoretischen Berufsausbildung Berufsschulen und für die Bauernsöhne Landwirtschaftsschulen, früher Winterschulen genannt, gab — auch im Kreis Wehlau bestand eine solche unter Leitung des Landwirtschaftsrats

Rösener — hörte für alle Landarbeitersöhne und die meisten Bauernsöhne die Möglichkeit, durch Lehrer allgemein weitergebildet zu werden, mit der Beendigung des Volksschulbesuches auf.

Zunächst wurde durch Kreissatzung der obligatorische Besuch der Fortbildungsschulen für Jungen bis zum 18. Lebensjahr eingeführt. Die Schulräume sowie Heizung und Beleuchtung stellten die Schulorte zur Verfügung. Die persönlichen Kosten (Vergütung der Lehrer für Erteilung des Unterrichts) wurden, soweit sie nicht zum größten Teil aus Staatsmitteln gewährt wurden, auf den Kreisetat übernommen.

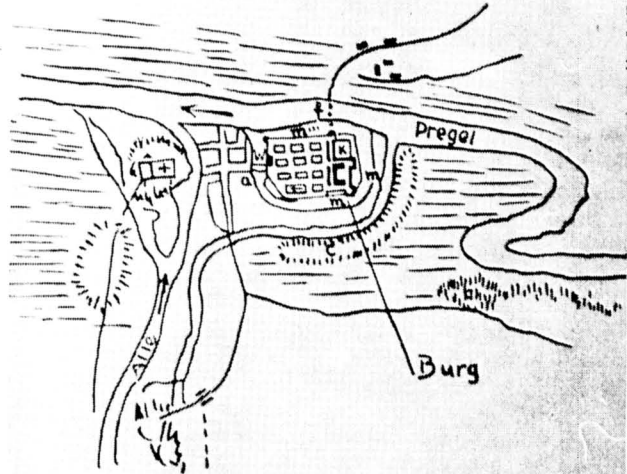
Später wurde auch für die Mädchen hauswirtschaftlicher Unterricht mit Kochen eingeführt. Paterswalde war der erste Pionier auf diesem Gebiet. Da aber hier nicht unerhebliche Kosten durch Beschaffung des Herdes entstanden, konnte auch angesichts der schwierigen Lehrerinnenfrage nur vorsichtig an den Weiterausbau dieser Einrichtung herangegangen werden.

Auch für die Volksschulen und höheren Schulen konnte mit Unterstützung des außerordentlich aktiven Regierungspräsidenten Dr. v. Bahrfeldt sehr viel getan werden, wenn sich die örtliche Initiative des Landrats hinzugesellte. Ich erinnere mich noch genau der Landratskonferenz, in welcher v. Bahrfeldt seine Pläne und namentlich die Finanzierung von Schulum- und -neubauten sowie von Turnhallen erörterte und auf den häufig recht unzureichenden Zustand der Schulgebäude hinwies. Als ehemaliger Geschäftsführer der Landesschulkasse im Nebenamt war er über die Finanzmöglichkeiten genau unterrichtet. Von den Gesamtkosten für die Bauten entfielen ein Drittel auf den staatlichen Baukostenzuschuß, ein Drittel auf die von den Bauern des Schulorts zu leistenden Hand- und Spanndienste, und das letzte Drittel mußte zwar formell der Schulverband aufbringen, während es in Wirklichkeit der Staat zahlte. Dieser gewährte dem Schulverband ein unverzinsliches in zehn gleichen Jahresraten zurückzuzahlendes Darlehen. Zur Rückzahlung dieser Raten bewilligte der Regierungspräsident dem Schulverband erhöhte laufende sogenannte Ergänzungszuschüsse, so daß der Schulverband durch jenes Drittel tatsächlich nicht belastet wurde. Trotz dieser günstigen Bedingungen mußte hier und da auf den Vorstand des Schulverbandes eingewirkt werden.

Im Jahre 1925 bestand in Wehlau eine höhere Knabenschule, abschließend mit der Untersekunda. Stadt und Kreis hatten ein lebhaftes Interesse an ihrem Ausbau zur Vollanstalt durch Aufbau einer dreiklassigen Oberstufe. Der Regierungspräsident und das Provinzialschulkollegium unterstützten diese Bemühungen, dieses ideell und jener finanziell. Die Finanzierung des Baues war so vorgesehen, daß die einmaligen Gebäudekosten zu zwei Dritteln vom Staat übernommen werden und in das restliche Drittel sich Stadt und Kreis in dem Verhältnis 2 zu 1 teilen sollten. Die laufenden Unterhaltungskosten für die drei neuen Klassen sollten, soweit sie durch das aufkommende Schulgeld nicht gedeckt werden konnten, von Stadt und Kreis zu zwei Dritteln und einem

Lageplan der Stadt Wehlau

1826 nach Giese in Boetticher, Die Bau- und Kunstdenkmäler
der Provinz Ostpreußen, Heft II, Königsberg 1892, S. 180 f.



Lageplan Wehlaus
mit Pregel oben
und Alliedelta
die Stadt von
Süden her
umschließend.
Diese Deltaarme
traten bei
Hochwasser
klar in Erscheinung

Erklärung: Burg Wehlau, nächster Kloster. Nur noch ein Keller (k) unter dem jetzigen Brauhaus erhalten. Mauer (m) noch 35 Zoll hoch, m' nur noch an manchen Stellen höher als die Grasböschung. Au (a) die Kavallerieoffiziere. Südmauer am besten erhalten, Westmauer ziemlich gut, besonders das Allietor (a). Haus Witolbs (W). Circumvallationslinie (C) aus der Zeit Ludwigs von Erlichshausen. Mittle der früheren Fähr (f) jetzt eine Wehre.

Drittel übernommen werden. Bei den Finanzierungsverhandlungen drängte der Regierungspräsident auf größte Eile, bindende Beschlüsse mußten unbedingt binnen einigen Wochen gefaßt werden. Dieses geschah wunschgemäß. Ich konnte mir diese Hast gar nicht erklären, bis mir der bautechnische Referent des Regierungspräsidenten des Rätsels Lösung mitteilte. Der für staatliche Zuschüsse bei Bauten höherer Schulen zuständige Referent des Finanzministeriums war auf Urlaub, und sein Vertreter hatte für unsere Wünsche augenscheinlich ein offeneres Ohr als der Vertretene. Die neue Vollenstalt hat sich sehr gut entwickelt und erfreute sich unter Leitung des Studiendirektors Dr. Pilch, der auch der bisherigen Realschule vorgestanden hatte, eines regen Besuchs aus dem ganzen Kreise.

Schließlich sei noch der auf meine Anregung als Musikfreund durchgeführten Schulkonzerte des Baritonisten Hudemann gedacht. Er sang den Schulkindern in den Städten des Kreises Volkslieder und Kunstlieder vor und erklärte den Kindern in einer ihrem Verständnis angepaßten Weise, welche Gefühle die Musik oder der Komponist zum Ausdruck bringen wolle. Die Kinder zahlten für das Konzert zehn Pfennige pro Kopf; soweit die Honorare hierdurch nicht gedeckt waren, wurden sie vom Kreiswohlfahrtsamt getragen.

Um in meiner Berichterstattung vollständig zu sein, muß ich auch eines Projektes gedenken, das lediglich erwogen, aber nicht ausgeführt wurde. Ich glaube, das um so mehr tun zu können, als aus meinen Darlegungen ersichtlich ist, daß die Kreisverwaltung trotz der Nöte der Zeit sich nicht nur auf eine verwaltende Tätigkeit beschränkt, sondern im Rahmen des möglichen auch gestaltend gewirkt hat. Ich denke an den Neubau eines Kreiskrankenhauses in der Kreisstadt. Der Kreis besaß nur ein äußerst bescheidenes, aus drei Gebäuden bestehendes Krankenhaus in Tapiau mit 55 Betten. Es stand unter der Leitung des tüchtigen und beliebten Arztes Dr. Reimer, der auf Grund des bestehenden Vertrauensverhältnisses einen großen Patientenkreis an sich zog. Der Beliebtheit des Dr. Reimer war es auch zu verdanken, daß das Krankenhaus zahlreiche Zuwendungen von Naturalien seitens der Landwirtschaft erhielt und daher äußerst billig wirtschaften konnte. Hierzu kam die eiserne Sparsamkeit der Schwester Justine, die unter der Leitung des verdienstvollen Kreisbürodirektors Brombach die Verwaltung des Hauses führte und deren ökonomischer Sinn diese Eigenschaft des Verwaltungsleiters noch erheblich übertraf. Wegen der räumlichen Enge des Krankenhauses wurde ein Neubau in der Kreisstadt in Erwägung gezogen. Leider unterblieb dann aber die Verwirklichung.

Daß die Kreisverwaltung zu allen Behörden und Amtspersonen in ihrem Bereich gute Beziehungen unterhielt, ist selbstverständlich. Ich möchte noch besonders der Geistlichkeit gedenken. Ich nahm regelmäßig als Gast an den alljährlichen Kreissynoden, die zunächst unter Leitung des Superintendenten Kittlaus-Tapiau und später des Superintendenten Hardt-Wehlau standen, teil.

Die Leser dieses Berichts, insbesondere, soweit sie zu jener Zeit Landwirte waren, werden sich und mich vielleicht fragen, wie es von mir verantwortet werden konnte, die beschriebenen Einrichtungen zu schaffen und dadurch den Kreis finanziell zu belasten. Ihnen möchte ich antworten, daß der Kreis, wie bereits erwähnt, durch die Inflation von seiner alten Schuldenlast in erheblichem Umfange befreit worden war und nennenswerte neue Schulden kaum zu machen brauchte, da für die von ihm geförderten und unter seiner Trägerschaft durchgeführten Vorhaben erhebliche Beihilfen hereingeholt werden konnten. Es muß auch betont werden, daß neue Projekte nicht mehr in Angriff genommen wurden, als sich die Wirtschaftslage des Großgrundbesitzes etwa von

1931 an sich verschlechterte. Zur Beurteilung der Finanzlage des Kreises mögen zwei Vergleichsobjekte dienen: die Stadt Wehlau und der Kreis Fischhausen. Die Stadt Wehlau hatte bei meinem Abschied 1 000 000 RM Schulden, und der Kreis Fischhausen mußte zur Verzinsung und Tilgung seiner Schulden alljährlich 350 000 RM aufbringen, während der Kreis Wehlau zu jener Zeit noch nicht 400 000 RM Schulden hatte.

Im Jahre 1931 wurde die sogenannte Osthilfe für den Großgrundbesitz eingeführt. Die oberste Instanz für dieses Sachgebiet war der damalige Reichsminister Schlange-Schöningen, ein aus Pommern stammender Großgrundbesitzer. Sie hatte zum Ziel, den Großgrundbesitz in einem nicht unerheblichen Umfange von seinen Schulden zu befreien. Hierbei wurden die eingetragenen Schulden teilweise stark gekürzt, und die dinglich nicht gesicherten fielen zum erheblichen Teil ganz aus. In gewissen Umfange wurden die Gläubiger des Großgrundbesitzes aus Staatsmitteln entschädigt. Aus der damaligen Sicht heraus war die Osthilfe als Ganzes eine bemerkenswerte Anstrengung des Staates, der unter der Reparationslast ächzte. Im Kreise Wehlau ist jedenfalls während meiner Amtszeit kein Gut parzelliert worden, und der Umsatz von landwirtschaftlichen Grundstücken war verhältnismäßig unbedeutend.

So kam der Schicksalstag für das deutsche Volk, der 30. Januar 1933, heran. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen wurden verbrannt und auf dem Kreishaus die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne für 14 Tage ununterbrochen gehißt. Als Kreisleiter trat zunächst der bisherige Bäckergeselle Lettau auf, der aber bald durch den Kreisleiter Wagner abgelöst wurde.



Die Schanzenwiesen bei Hochwasser. Von links Turnhalle, Kirche, Rathaus

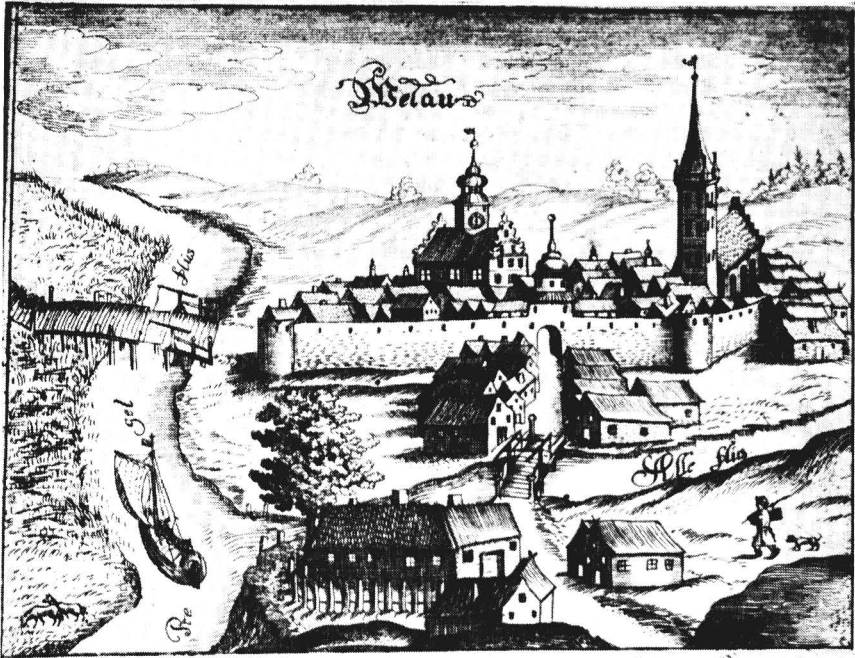
Daß auf dem ersten Kreistag nach der Machtübernahme die Kommunisten fehlten, war kein Verlust für die Verhandlungen.

Zu den Vorbereitungen für den zum ersten Male als Feiertag der Nation zu begehenden ersten Mai wurde zu meiner Verwunderung auch ich herangezogen und mein Erstaunen wuchs, als ich erfuhr, daß ich als Festredner in den drei Städten des Kreises auftreten sollte. Am 1. Juni las ich dann in der von mir gehaltenen Königsberger Allgemeinen Zeitung, daß ich mit sofortiger Wirkung beurlaubt sei. Noch in den Vormittagsstunden kam die gleiche Nachricht durch Funkspruch aus Berlin mit der Anweisung, die Dienstgeschäfte dem Gemeindevorsteher v. Perbandt-Pomedien zu übertragen. Die Übergabe der Schlüssel zu dem Geheimschrank erfolgte noch am gleichen Tage. Sonst hatte ich nichts zu übergeben. Nach einigen Wochen wurde ich in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Unterdessen hatten die neuen Machthaber im Kreishaus zu regieren begonnen. Ihre ersten Arbeiten bestanden in einer eingehenden Prüfung der Finanzgebarung und namentlich der Ausgabenwirtschaft des Kreises. Nach tagelangen Arbeiten wurde ein eingehender Prüfungsbericht mit etwa 60 Erinnerungen angebracht. Zur Besprechung des Berichts wurde ich in das Kreishaus vorgeladen, das ich nun zum ersten und letzten Male nach meiner Amtsenthebung betrat. Der Finanzsachverständige der Kommission war der 27jährige Kassierer Noruschat vom Vorschußverein. Etwa zwei Drittel der Notate konnte ich aus dem Stegreif beantworten. Für den Rest erbat und erhielt ich eine kurze Frist. Natürlich hatte man die an mich geleisteten Ausgaben besonders aufs Korn genommen. Man bemängelte den an mich alljährlich gezahlten und im Haushaltsplan ausgewiesenen Zuschuß der Kreiskommunalkasse, den jeder preußische Landrat als Vorsitzender des Kreis Ausschusses für die dem Kreiskommunalverband geleistete Arbeit mit Genehmigung des preußischen Innenministers erhielt und dem als Schlüssel die Einwohnerzahl zugrunde gelegt wurde. Es wurde die Rückzahlung des Gesamtbetrages für acht Jahre, rund 20 000 RM, von mir gefordert mit der Begründung, das, was der rote Systemminister Severing angeordnet habe, sei für die Nationalsozialisten nicht bindend. Selbstverständlich wurde dieses Verlangen von mir abgelehnt. Das Ergebnis der Unterredung faßte v. Perbandt-Pomedien kurz dahin zusammen, daß der Kreis während meiner Amtszeit gut und sparsam gewirtschaftet habe.

Im Juli 1933 verließ ich mit meiner Familie Wehlau.

Inzwischen ist gleich der im Meer versunkenen Stadt Vineta der Kreis Wehlau in der russischen Flut untergegangen. Ich werde ihm, wo ich die Glanzzeit meines dienstlichen Wirkens erlebte, auch in den wenigen Jahren, die mir vielleicht noch beschieden sind, stets ein dankbares Andenken bewahren.



Belau.

IX. Nach dem Königsbergischen Schloß ist bald das Schloß **WELAU** gebauet worden. Dann als Ottocarus der König in Böhmen Anno 1254. die Samländer bezwungen und zu dem Christlichen Glauben bekehret hatte / wolten solches die Nadrauer / Schalawonier und Sudauen an dem Teutschen Orden und auch an den Samen oder Samländern selbst rächen. Kamen derowegen mit grosser Heereskraft auff Samland / verheereten und versündeten alles / was ihnen vorkam / und damit sie solches auch hinfüro desto füglicher thun könten / baueten sie im Rückzuge An. 1255. die Vestung Wehlau / an einem recht bequemen Orte / wo die Alle sich in den Pregel stürzet / und setzten zum Commendanten darinnen

einen Preussen mit Nahmen Titsko. Aber derselbe ward bald hernach ein Christ / und übergab das Schloß dem Orden. Jetztiger Zeit ist kein Merckzeichen vorhanden / wo das Schloß vorhin gestanden / wie man dann auch nicht findet / wan selbiges zerstöret seyn mag. Ja man kan darzu nicht wissen / wann die Stadt Wehlau / die noch itziger Zeit stehet / erstlich angeleget sey / scheint also / das schon zu der alten Preussen Zeiten daselbst etwas muß gewesen seyn / welches hernach der Orden allmählich und also unvermerck erweitert / und endlich zu einer Stadt gemacht. Zu Ende des vorigen Seculi hat Marggraf Georg Friderich die Königsbergische Universität nach Wehlau verlegen wollen: Es ist aber dieses nachgeblieben.

Älteste Darstellung von Wehlau, Blickrichtung Ost
aus der Hartknoch'schen Chronik
Stich von 1684

Die Kreisstadt Wehlau

Von Dr. Hermann Fischer

Von den Anfängen bis 1524

Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Bodenforschung haben den Beweis dafür erbracht, daß das Wehlauer Gebiet bereits in der Jungsteinzeit von Menschen besiedelt war, die der baltischen Völkergruppe der Indogermanen angehörten. Niemals waren dort oder in anderen Teilen Ostpreußens Slawen ansässig, weder Polen noch Russen.

Eine Vertreibung oder gar Ausrottung der Prußenstämme in Ostpreußen ist nicht erfolgt. Vielmehr ging in späterer Zeit die zum Christentum übergetretene prußische Urbevölkerung durch Verschmelzung mit deutschen Einwanderern im Deutschtum auf.

Wehlaus frühgeschichtliche Zeit, für die wir als Quelle Aufzeichnungen aus der Ordenszeit auswerten können, beginnt im Jahre 1255. Damals errichteten prußische Schalauer, Nadrauer und Sudauer bei ihrer Rückkehr von einem Beutezug in das Samland die Wehranlage Wilow, in häufig wechselnder Schreibweise auch Wetow, Wetalo, Welow usw. Der Platz war militärisch günstig gewählt: Die Ostseite einer Insel, die auf der Südseite durch einen der drei damaligen Mündungsarme der Alle und nach Norden durch den Pregel geschützt war. Die eigentliche Befestigung bestand wohl wie die prußische Wehranlage bei Pelohnen aus einem Erdwall zwischen Palisaden.

In dieser Wallburg blieb eine ziemlich starke Besatzung unter dem Kommando des nadrauischen Edlen Tirsko und seines Sohnes Mandelo zurück. Noch im gleichen Jahr unternahm ein Ordensheer von der kurz zuvor in der Nähe der Pregelmündung angelegten Feste Königsberg aus einen Gegenvorstoß und rückte vor die Burg. Nach einer Verhandlung zwischen dem Führer des Ordensheeres und dem Burgkommandanten übergab dieser kampflos die Burg und trat mit der gesamten Besatzung zum Christentum über. Nunmehr war Wilow ein militärischer Stützpunkt des Deutschen Ritterordens. Die Besatzung verteidigte sich im Jahre 1263 gegen ein großes Heer von Nadrauern, Sudauern und Litauern so zäh, daß dieses nach acht Tagen die Belagerung aufgab und abzog.

In dem Gebiet um die Burg fanden auch in der Folgezeit Kampfhandlungen zwischen Ordensstreitkräften und Prußen statt. Trotzdem haben sich schon bald deutsche Siedler nordwestlich der Burg niedergelassen. Diese erste deutsche Ansiedlung wurde wahrscheinlich im Jahre 1323 von den Litauern zerstört, die im Wehlauer Gebiet sechs Dörfer niederbrannten. Daß eine solche Siedlung bestanden hat, beweisen die Worte des lateinischen Gründungsprivilegs „Civitatem Welow dictam elocare